„Der Courier"
ist der führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die am Jahre erscheinende Ausgabe vom 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung, Einzelexemplar nach dem Kalender 10 Ct.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume zwischen 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Anzeigen werden jederzeit entgegengenommen.

Regina hat 30,000 Einwohner. Davon lesen den größten Teil, nämlich 19,407 Leser.

Anzeigentarif auf Verlangen zugesandt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St., Regina, Sask.

'Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

17. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 9. Januar 1924 | 12 Seiten | Nummer 9

Deutsches Kapital in Saskatchewan

Anwendung einer neuen Brikettierungsmethode
Kapital ebenso notwendig wie Einwanderung

Dr. Hans Holzwarth, ein Vertreter des Thyssenkonzerns, eines der bedeutendsten deutschen Industrieunternehmungen, weilt sich dieser Tage in Saskatchewan auf, um die Braunkohlenlager an der Südgrenze unserer Provinz zu besichtigen und eine neue Methode zur Herstellung von Briketts hier einzuführen. Die neue Methode wurde in Deutschland erfunden und hat mit Erfolg angewandt. Die so gewonnenen Briketts haben die nämliche Heizkraft wie Anthrazitkohle. Dr. Holzwarth teilte nach englischer Pressemeldung mit, daß seine Gesellschaft bereits an den nötigen Vorbereitungen herangegangen sei. Maschinen für den Brikettierungsprozeß werden in den Vereinigten Staaten hergestellt.

Wir begrüßen diesen neuen Kapitals- und Industriezuwachs nicht so sehr deswegen, weil hier deutsches Geld und deutscher Schaffensgeist zur Geltung kommen, als vielmehr deswegen, weil dadurch wiederum ein entscheidender Schritt in der Entwicklung des canadischen Wirtschaftslebens getan wird. Ja, wir möchten dieses neue Unternehmen, dessen Entstehen hoffentlich nicht durch widrige Einflüsse unmöglich gemacht wird, als ein Musterbeispiel für die Notwendigkeiten und Bedürfnisse unserer westlichen Provinzen bezeichnen.

Kapital und Arbeit sind die beiden Faktoren jeder Volkswirtschaft. Kapital im weitesten Sinne des Wortes ist in Canada in Form von fruchtbarem Farmland, von folgreichen Wäldern und ausbeutungsfähigen Mineralien genügend vorhanden. Was jedoch zur nutzbringenden, rentablen Verwertung des noch brach liegenden Naturkapitals dringend erforderlich ist, ist hinreichendes Finanzkapital. Man kann nicht eine große finanzielle Aufwendungen einen großzügigen Farm- oder Waldbetrieb vorübergehend ins Werk setzen und sogar große Gewinne daraus ziehen. Das ist aber gleichbedeutend mit Raubbau. Der rentable Betrieb verzögert und der canadischen Wirtschaft keiner dauernden Fortschritt ermöglicht. Soll unser Land auf Grund seines Naturreichtums zu einem blühenden Wirtschaftsleben gelangen und die Früchte seiner Arbeit voll genießen, so ist eine intensive und intensive Bewirtschaftung sowohl im Farmbetrieb wie auf allen anderen Gebieten erste Notwendigkeit. Dazu gehören aber

1) gründliche Kenntnisse und reiche praktische Erfahrung und 2) Geld, Geld und nochmal Geld.

Ist das erforderliche Geldkapital nicht in eigenen Lande aufzutreiben, müssen wir es aus dem Auslande, ohne Unterschied der Nationalität, herbeizuziehen suchen. Das ist möglich durch stetige sach- und naturgemäße Propaganda in allen in Betracht kommenden Ländern. Durch Aufklärung über die zurzeitigen wirtschaftlichen Möglichkeiten in den ausländischen Finanzkreisen, durch Gewährung von Vergünstigungen an ausländische Geldgeber, durch ermäßigte Frachtsätze und Beseitigung hemmender Zollschranken. Da müßten freilich die engherzigen Parteiurteile schweigen und Regierungen und Parlamente müßten ihre ganze Kraft dem wirtschaftlichen Aufbau widmen. Dann wäre in absehbarer Zeit auch das Kultivieren einer großen Industrie im canadischen Westen zu erhoffen. Die neue Arbeitskräfte beschäftigen und einer neuen inländischen Kaufkraft für die Farmprodukte schaffen könnte. Der Farmer wäre nicht lediglich auf die zeitweilige Aufnahme seiner Erzeugnisse angewiesen und könnte zugleich viele Waren im eigenen Lande billiger erhalten als die jetzigen verteuerten Einfuhrartikel.

Damit wäre auch der Boden für die oft und nachdrücklich geforderte Massenzuwanderung vorbereitet. Aus Deutschland wandern heute, wie statistisch nachgewiesen ist, in der Hauptsache Kaufleute, Industriearbeiter, kleine Mittelständler aus, die für dauernde Farmarbeit selten in Frage kommen, während deutsche Bauern und Bauernsöhne nur in wenigen Fällen zum Wanderstabe greifen. Anders ist es in den deutschen Kolonien in Rußland, Rumänien, Jugoslawien. Von dort sind wohl noch manche wertvolle Kräfte für Farmarbeit zu gewinnen. Deswegen mögen schon jetzt alle deutschsprechenden Canadier darauf bedacht sein, möglichst viele deutsche Volksgenossen, die an ihrem alten Lande nicht mehr das nötige Auskommen fanden, in sicheren Stellungen in Canada unterbringen. Das Ziel aber muß sein, die beiden Hauptfaktoren jeder Volkswirtschaft, Kapital und Arbeit, nach Canada zu ziehen, um einer großen zukünftigen Entwicklung die Wege zu ebnen.

Rußland auf dem Weg zur Weltmacht

Eindruck eines Rußlandreisenden.

New York, 8. Jan. — Auf dem „Albert Ballin" kam Dr. Colin Roß hier an. Seine letzte Reise führte ihn nach Rußland und anschließend nach Bukarest und Persien; als erster Journalist bereiste er Turkestan und Buchara.

Ueber die russischen Zustände nach dem Kriege äußerte sich Dr. Roß sehr günstig. Die Krise ist nach seiner Ansicht vorüber, und man muß damit rechnen, daß Rußland etwa nach einem Dezennium ebenso rasch in die Höhe steigt, wie es gesunken ist; das wird unter dem jetzigen Regierungssystem geschehen, nur daß dasselbe sich noch etwas weiter nach rechts hin entwickeln wird. Der russische Einfluß im Orient wächst von Tag zu Tag, wenn er auch unter großen Konzessionen an die Fremdvölker erkauft werden muß. Ueberhaupt läßt Rußland den einzelnen seit dem Sommer in der S. S. S. R. zusammengeschlossenen Gliedstaaten bei der Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten die größte Freiheit, so daß z. B. die Deutschen in Rußland bedeutend besser daran sind als unter dem Zaarenregime. Desto festgefügter wird durch diese kluge Toleranz der Bau des neuen russischen Reiches. Auch die Wirtschaft hat die Hungerkrise überwunden. Da Dr. Roß selbst noch mit erlebt hat, die gute Ernte hat dazu geführt, daß die Ausfuhr von Getreide wieder aus tatsächlichen wirtschaftlichen Bedürfnissen heraus erfolgen kann, während früher hauptsächlich aus Propagandagründen dies geschah.

150,000 deutsche Metallarbeiter ausgesperrt

Berlin, 8. Jan. — Die Aussperrung von 150,000 streikenden Metallarbeitern seitens der Besitzer von neunzig Berliner Metallwerken im Wasser auf die Mühle der Kommunisten, welche behaupten, daß die Großindustriellen die gegenwärtige Schwäche der Arbeiter-Organisationen ausnutzen wollen, um deren Auflösung herbeizuführen. Die Metallarbeiter behaupten, daß sie in den letzten Jahren große Opfer gebracht hätten und nicht zugeben werden, daß jetzt, wo Aussicht auf Besserung der Lage der Industrien vorhanden ist, die Arbeiter ferner ausgebeutet werden.

Das Holländische Rote Kreuz hat in Charlottenburg Suppenküchen für die hungernden Vertreter der Mittelklassen, die durch den Sturz der Mark ihre ganzen Ersparnisse verloren haben, eröffnet. Dieser Stadtteil wurde gewählt, weil dort viele frühere Holländer wohnen, die sich durch Geschäfte ein Vermögen erworben, von dessen Zinsen sie vor dem Kriege leben konnten, die jetzt aber verarmt sind.

Holländische Frauen in schmucken Nationalkostümen bedienen die Kunden. Die nach Vermögen für eine warme Mahlzeit am Tage bezahlen können, was ihnen beliebt.

Aus Hamburg wird der Tod des Oberbürgermeisters Dr. Arnold Diefiel, der im Alter von 65 Jahren stand und Präsident des Hamburger Senats war, gemeldet. Hamburg hat deshalb Trauer angelegt, da der treue Beamte beim ganzen Volke beliebt und geachtet war.

Das Schneewetter im Schwarzwald hält an. Ganze Dörfer sind von der Außenwelt abgeschnitten und die Häuser sind eingeschneit. In den bayrischen Alpen sind mehrere deutsche Ski-Läufer verunglückt, einige von ihnen durch Lawinenstürze. Fünf Ski-Läufer aus Hirschberg, Schlesien, werden vermißt.

In Hannover wurden zwanzig Personen, die als kommunistische Agitatoren fungierten und Gewalttätigkeiten predigten, verhaftet.

In Düsseldorf hat Dr. Grüetzer, der frühere Gouverneur von Rheinpreußen, Berufung gegen das über ihn verhängte Urteil eingelegt. Er wurde vor einer Woche von einem französischen Kriegsgericht, zu zwanzig Jahren Zuchthaus bei schwerer Arbeit verurteilt.

In Aachen agitiert Dorten durch Aushängen von Plakaten für die Gründung einer Edel-Separatisten-Partei, welche ihr Ziel ohne Blutvergießen erreichen soll.

Zwei kleine Kinder im Bett verbrannt

Berlin, 8. Jan. — Ein schreckliches Unglück wird aus dem kleinen Dorfe in Hannover gemeldet. Dort sind in der Silvesternacht die beiden Kinder des Arbeiters Zimmermann elendiglich verbrannt. Wegen der grimmigen Kälte hatte die Mutter der Kleinen heiße Ziegelsteine an Stelle einer Wärmeflasche in das Bett gelegt. Die Steine entzündeten das Bettzeug und ehe die Eltern auf die Hilferufe der Kleinen herbeieilen konnten, hatten sie Brandwunden erlitten, denen sie bald darauf erlagen.

Dominion- und Provinzialpolitik

Kabinettskrise in Ottawa. — Hon. Dunning als zukünftiger Dominionminister genannt. — Die große Finanzlast. — Provinzlegislatur und die Liquorfrage. — Parteipolitisches

Prophezeien ist stets, namentlich aber in der Politik, ein undankbares und oft recht unsicheres Geschäft. Wenn man aber aus der ersten Woche 1924 einen Schluß auf die Entwicklung der canadischen Politik im angebrochenen neuen Jahr ziehen darf, so kann er nur dahin lauten, daß die Dominionregierung in Ottawa sich vor die denkbar größten Schwierigkeiten gestellt sehen wird. Wir haben bereits im Editorial-Artikel der letzten Courier-Ausgabe auf einige dieser Klippen und Sandbänke hingewiesen. Die Lage ist in den letzten Tagen noch verwickelter und gespannter geworden durch den plötzlichen

Rücktritt des Dominion-Justizministers Sir Lomer Gouin.

Als Rücktrittsgrund wurde „schlechter Gesundheitszustand" angegeben. Man muß nicht gerade an die berühmte „Diplomatenkrankheit" denken, weil Sir Lomer schon seit geraumer Zeit tatsächlich körperlich leidend ist, und kann doch der Meinung sein, daß dies nur als Vorwand dienen mußte. Sir Lomer galt als starker Mann, der über einen starken parlamentarischen Einfluß verfügte, wenn er sich auch im Westen wegen seiner ziemlich unliberalen Einstellung keiner besonderen Beliebtheit erfreute. Hier weint man ihm folglich keine Träne nach. Sir Lomer war ein scharfer Gegner der Tarifveränderung und als solcher ein Hindernis einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Liberalen und Progressiven. Ob aber die Regierung in Ottawa durch Sir Lomers Rücktritt die Unterstützung der Progressiven ohne weiteres gewinnt, ist eine andere Frage. Weit wichtiger noch als diese ist zunächst die Neubesetzung des leeren Ministerstuhles und im Zusammenhang damit und mit der Erkrankung des Ministers Rt. Hon. W. S. Fielding die Frage des Neuaufbaues des ganzen Kabinetts. Man spricht davon, daß Hon. Ernest Lapointe, ein fortschrittlicher Liberaler, der bisherige Inhaber des Marineministeriums, der vertretungsweise das Justizministerium versieht, dieses als dauernden Posten erhalten werde, und daß der Einwanderungsminister Hon. James A. Robb als Nachfolger des erkrankten Rt. Hon. W. S. Fielding ausersehen sei. Für das Einwanderungsministerium wird der derzeitige Premier von Saskatchewan, Hon. Dunning, genannt. So sehr eine solche Berufung auch das Vertrauen des Westens zur Regierung in Ottawa stärken würde, so würde doch andererseits eine große empfindliche Lücke in die Provinzregierung von Regina gerissen werden.

Vorläufig handelt es sich bei alldem nur um Vermutungen und Gerüchte, deren Bestätigung abzuwarten ist.

In Ottawa selbst scheint man die Personalfragen nicht für so vordringlich anzusehen, daß darüber die eigentlichen Regierungsaufgaben vernachlässigt werden dürfen. Die Vorbereitung der nächsten Parlamentssession erfordert die ganze Tatkraft der Dominionminister. Die Bankfrage, die durch den Bankerott der Homebank neuerdings aufgerollt wurde, und die Eisenbahnfrage werden dabei Berücksichtigung finden müssen. Was die letztere Frage anbetrifft, so sind, soweit die Canadian National Railways in Betracht kommen, günstige Aussichten für Rentabilität und Schuldentilgung angekündigt worden. Die Canadian National Railways haben im Westen im Jahre 1923 eine starke Vermehrung des Personen- und Frachtverkehrs zu verzeichnen. In den ersten neun Monaten betrug hier die Nettoeinnahme $6,857,815.

Die schwere Finanzlast,

die auf unserer Dominion ruht, ist ein besonderes Sorgenkind der Regierung in Ottawa. Darauf wies Premier King hin, als die Vertreter von Saskatchewan, Alberta, British Columbien, Ontario, New Brunswick und Quebec die Fortsetzung der „Agricultural Grant" verlangten. Der Premier vertrat den Standpunkt, daß die Provinzen der Dominion zu Hilfe kommen sollten, indem sie die Verantwortung für die zu leistende Arbeit, welche durch den Zuschuß (grant) reduziert werde, übernehmen. Die Dominion unterhalte ihrerseits eine Ackerbauabteilung, welche allen Provinzen zu Gute komme. Der in Frage stehende Zuschuß (grant) wurde 1912 eingeführt und betrug damals $900,000, die auf alle Provinzen nach der Kopfzahl verteilt wurden. Das Geld wurde nach einem zehnjährigen Abkommen vorgestreckt, das im letzten Jahre agelaufen ist.

Eine weitere Konferenz in Ottawa mit Premier Bracken von Manitoba und Premier Greenfield von Alberta betraf die Rückgabe der Naturwerte an die westlichen Provinzen. Belehrt durch die Erfahrungen der ersten derartigen Konferenz vor etwa einem Jahr blieb Saskatchewan der neuen Besprechung ferne und es hat gut daran getan. Denn auch die neue Konferenz ging aus wie das „Hornberger Schießen", das heißt ergebnislos.

Eine Frage, die aus dem Rahmen der bisher behandelten Angelegenheiten herausfällt, ist die, ob ein canadischer Gesandter nach Washington geschickt werden soll. Im Auswärtigen Amt in London würde man die Errichtung einer solchen Stelle nicht ungern sehen, da sie eine neue Verbindungsbrücke zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten darstellen könnte. Der erkrankte Hon. W. S. Fielding war ein grundsätzlicher Gegner eines solchen Gesandtenpostens. Es ist nicht einzusehen, warum man — abgesehen von kleinlichen finanziellen Gründen — der Entsendung eines offiziellen canadischen Vertreters nach Washington widersprechen sollte; denn die beiden großen Nachbarländer haben viele gemeinsame Interessen wahrzunehmen und auch manche strittige Frage zu lösen.

Gehen wir von der großen Dominionpolitik zu den Interessen der Provinzen über, so ist vor allem der auf 31. Jan. festgesetzte

Zusammentritt der Legislatur von Saskatchewan

zu erwähnen. Ein neues Mitglied wird in die Legislatur in der Person des Liberalen F. B. Lewis eintreten und den Platz des verstorbenen Bernhard Larson einnehmen. Nach den Presseäußerungen ist es sicher, daß die Petition der Moderation League, die den Regierungsverkauf von alkoholischen Getränken fordert, vor das Haus gebracht wird. Wenn unser Provinzparlament in den weitesten Wählerkreisen jeden Kredit einbüßen will, braucht es nur die Petition unter den Tisch zu werfen. Die 80,000 Anhänger der Moderation League und viele Tausende von anderen Bürger werden mit aufmerksamen Augen die Stellungnahme der Minister und Abgeordneten beobachten und sie werden ihr zukünftiges Verhalten gegenüber Legislatur und Regierung nach dem Ergebnis der Petitionssache einrichten. Möge man diese ernste Warnung nicht in den Wind schlagen! Von der Entscheidung in der Liquorfrage kann das Schicksal unserer großen Provinzialpolitik abhängen. Darum hinweg mit Prohibition, die sich mit bürgerlicher Freiheit nicht verträgt, sondern ein Faustschlag gegen jede wahre Demokratie ist!

Möglicherweise kommen auch Wheat Pool und Hudson Bay-Bahn in der Legislatur zur Sprache. Ueber die Hudson Bay-Bahn äußerte sich erst dieser Tage der Kommissär für Nord-Manitoba, Campbell, der den Vorwurf erhob, daß die nötigen Reparaturarbeiten nicht ausgeführt würden, obwohl das Parlament $350,000 dafür bewilligt habe. Er erklärte auch, die Vollendung der 92 Meilen bis zur Hudson Bay werde ebenso unendlich verzögert wie die Ausbesserung der fertiggestellten Linie.

Bessere Fortschritte scheint der Ausbau und die Entwicklung des Hafens von Vancouver zu machen, der immer mehr als Ausfuhrplatz für das Getreide des Westens in Frage kommt. Vom 4. November bis 17. Dezember trafen 10,829,749 Buschel Getreide im Elevaotr des Hafenboards ein und 10,458,140 Buschel wurden eingeschifft. Es ist eben ein großer Vorteil des Hafens von Vancouver, daß er das ganze Jahr über eisfrei ist, was auf die Häfen von Montreal und Quebec nicht zutrifft.

Wenn man jedoch dem Professor Howard T. Barnes von der Universität in Montreal, der die Verhältnisse im St. Lawrence studiert, glauben darf, sollte es wohl möglich sein, die Häfen von Montreal und Quebec das ganze Jahr offen halten. Zunächst nur eine schöne Professoridee!

Was die Parteipolitik anlangt,

so hat der konservative Führer Rt. Hon. Arthur Meighen eine Agitationstour durch die Provinz Quebec gemacht, die aber außer den altbekannten Phrasen keine neuen Geistesblüten und namentlich keine positiven Verbesserungsvorschläge brachte. Kritisieren ist leicht, aber besser machen ist schwer.

Ganz interessant ist dagegen die Mitteilung des liberalen Führers von Alberta, Hon. J. R. Boyle, der eine baldige Niederlage für die dortige United Farmers-Regierung voraussieht, weil sie die Provinz Alberta nur durch den Partei-Caucus regieren lasse.

A. R. McMaster, der „unabhängige" Abgeordnete für Brome, Quebec, bereiste in den letzten Tagen das südliche Alberta und ließ sich in Calgary und Medicine Hat vernehmen. Er trat für Beschränkung der Staatsausgaben, Tarifreduktion, Förderung der Einwanderung und ähnliche schöne Dinge ein. Geradezu lächerlich wirkte es, als er pathetisch erklärte, die liberale Partei habe ihn verlassen, nicht aber er die liberale Partei. Der „unabhängige" McMaster scheint überhaupt eine sehr hohe Meinung von sich zu haben; denn in Medicine Hat sprach er folgendes große Wort: „Wir müssen eine Regierung schaffen, welche mein Programm ausführen wird, das, wie ich glaube, 90 Prozent des Volkes wollen." Wer lacht da nicht? Wenn jedes Parlamentmitmitglied für seine besonderen Ideen eine eigene Regierung anstreben wollte, wohin kämen wir da?

Zum Schlusse ist noch des Todes des Leutnant Gouverneurs der Provinz Quebec, des Hon. Louis Philipp Brodeur zu gedenken, der nur einen Monat lang auf seinem dortigen Posten stand, von dem ihn eine tückische Krankheit hinwegraffte.

Zehn Männer ertrunken.

Babylon, L. I., N. Y., 8. Jan. Zehn Männer ertranken in der „Great South Bay", als das Schleppboot, mit dem sie ausfuhren, um drei Männer zu retten, die sich in einer festgefahrenen Schaluppe befanden, auf dem stürmischen Wasser kenterte und die Leute in die See warf. Alle Leichen wurden geborgen und identifiziert.

Schreckliche Kälte in den Ver. Staaten

Mittlerer Westen und Südwesten heimgesucht
Schwere Leiden der Bevölkerung

Chicago, 7. Jan. — Der mittlere Westen wurde von den niedrigsten Temperaturen seit einem Jahrzehnt heimgesucht, die für Tausende in den Miethausdistrikten der großen Städte Leiden brachte. In Chicago waren es 15 Grad unter Null, die niederste Temperatur seit 1912 mit 16 Grad. Aehnlich niedere Temperaturen waren in allen Teilen der Seengegend und des Mittelwestens.

Die hiesige Feuerwehr war sehr geschäftig, 111 Brände in 24 Stunden, eine Rekordzahl für Chicago. Etwas Linderung ist in Sicht nach der Angabe von Wetterbeamten.

Kansas City, 7. Jan. — Die anhaltende kalte Welle brachte dem ganzen Südwesten schwere Leiden. In Kansas City waren es 15 unter Null, das kälteste Wetter seit elf Jahren. Nach Wetterpropheten steht keine Abhilfe bevor. Wohltätigkeitsgesellschaften in Großstädten wurden um Beistand bestürmt. Kohle, Nahrung und Bekleidung wurden in großem Umfang verlangt. Der größte Teil des Weizens ist mit leichtem Schnee bedeckt und geschützt. Unter dem Vieh auf den Farmen kamen erhebliche Verluste vor. Draht- und Bahnverbindung sind schwer gestört. Ueberhitzte Oefen veranlaßten viele Brände.

Milwaukee, Wis., 7. Jan. — Mit 18 bis 20 Grad unter Null war heute das kälteste Wetter seit Jahren. Im Notfallhospital wurden drei Leute während der Nacht wegen erfrorener Hände und Ohren behandelt.

Chicago, 7. Jan. — Der Bahnverkehr nach Chicago litt schwer. Züge aus dem Westen hatten 10 bis 14 Stunden Verspätung. Durchgangzüge aus dem Osten hielten Kälte und Schnee auf. Hier wurde ein Todesfall durch die Kälte berichtet. In der inneren Stadt fand man einen unbekannten Mann erfroren vor. Hunderte von Arbeitslosen suchten in den städtischen Herbergen Unterkunft. Nach der Polizei waren alle Plätze bis zur Fassungskraft gefüllt.

Des Moines, Iowa, 7. Jan. — Eine neue kalte Welle kam über Iowa, die Temperatur sank auf 19 unter Null. Es ist das kälteste Wetter seit verschiedenen Wintern.

Tornado in Mississippi.

Ein Tornado suchte Causesville, kurz vor Mitternacht heim und machte etwa 50 Familien obdachlos. Mehrere Bewohner wurden von Trümmern getroffen und verletzt.

In mehreren Fällen wurden die Häuser fortgeweht, die in denselben schlafenden Kinder blieben aber in ihren Betten und waren nicht verletzt. Später setzte Regen und kaltes Wetter ein und verschlimmerte das Elend der Obdachlosen.

Folgenschwere Explosion in einer Stärkefabrik.

Peoria, Ill., 6. Jan. — In der Stärkefabrik der Corn Products Co. in Pekin ereignete sich eine furchtbare Explosion. Ein bekannter Toter und achtzig Verwundete sind entfernt. Viele kamen in hiesige Hospitäler. Das Gebäude der Stärkeanlage ist völlig zerstört. Der Brand ergriff angrenzende Gebäude, eines wurde durch die Flammen vernichtet. Um sieben hatte die Feuerwehr von Pekin das Feuer bewältigt.

Insgesamt sind 35 Arbeiter ums Leben gekommen. Von den ungefähr hundert Verwundeten werden 20 nach Aussage der Aerzte noch sterben. Sie sind entsetzlich verbrannt. Die Fabrik beschäftigt etwa 800 Mann, zur Zeit der Explosion waren der Schätzung nach 250 an der Arbeit. Sie gehörten zur Nachtschicht. Aber auch Arbeiter der nächsten Schicht, die um vier zur Arbeit ging, waren unter den Opfern. Die Ursache des Unglücks ist nicht festgestellt, man nimmt indessen eine Staubexplosion an. Die Explosion war so schrecklich, daß verschiedene Güterwagen neben der Anlage von den Geleisen geschleudert wurden.

Letzte Nachrichten

Ein unsinniger Protest.

St. Catherines, Ont., 8. Jan. — Die hiesige Handelskammer protestierte gegen die Ansiedlung von 3000 deutschen Familien in Saskatchewan, wie Dr. Preuße Sperber es angeblich plant, und erklärt sich gegen die Aufnahme einer „unverdaulichen Masse von deutscher Kultur" in das nationale Leben Canadas.

Wir meinen, die Herren in Ontario sollten sich nicht in die Einwanderungsangelegenheiten Saskatchewans einmischen. Oder glauben sie nach dem Vorbilde ihres Premiers Ferguson, daß Ontario Canada beherrschen müsse. Premier Dunning hat ja bekanntlich diese Tory-Herrschsucht schon sehr deutlich zurückgewiesen. Ferner ist die ganze Aufregung schon deswegen überflüssig, weil die Einwanderung von 3000 deutschen Familien nicht eine so einfache Sache ist, wie sich vielleicht manche Leute vorstellen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse Canadas nicht kennen. Ganz entschieden müssen wir aber die beleidigende Aeußerung gegen die deutschsprechenden Canadier von der „unverdaulichen Masse von deutscher Kultur" zurückweisen. Man denke sich einmal aus dem canadischen Westen unsere tüchtigen deutschsprechenden Farmer weg, wie stände es dann um die wirtschaftliche Lage Saskatchewans? Daher brauchen wir eine solche Schmähung nicht ruhig hinzunehmen.

Premier Dunning Dominion-Finanzminister?

Ottawa, 8. Jan. — Nach einem neuen Gerücht, das hier im Umlaufe ist, denkt man in Regierungskreisen daran, Premier Dunning von Saskatchewan auf den Posten des Dominion-Finanzministers zu berufen.

Prohibition und Farmer.

Die Prohibition kostet dem Nordwesten der Vereinigten Staaten jährlich siebzig Millionen Dollar infolge des Ausfalles an Gerstebestellungen, wie Präsident Quamme von der Federal Land Bank in St. Paul, Minn., berechnet hat.

Erfolgloses Attentat auf Kemal Pascha.

Athen, 8. Jan. — Eine hier vorliegende Nachricht besagt, daß eine Handgranate auf Mustapha Kemal Pascha, den Präsidenten der Türkei geworfen wurde. Kemal kam glücklich davon, seine Frau wurde verletzt.

Gouverneurposten abgelehnt

Ottawa, 8. Jan. — Hon. Rudolf Lemieux, der Sprecher des Unterhauses hat die ihm angebotene Stelle eines Leutnant-Gouverneurs von Quebec abgelehnt.

Bekämpfung des Weizenrostes

Ottawa, 8. Jan. — Die Regierung in Ottawa will wirksame Gegenmittel zur Bekämpfung des Weizenrostes, der den Farmern des Westens Millionen Dollars Verlust jährlich zufügt, ergreifen.

Amerikanisches Waffengeschäft mit Mexiko

Washington, 8. Jan. — In einer kurzen Erklärung konstatierte Kriegssekretär Weeks, daß der mexikanischen Regierung 5000 Gewehre, 5,000,000 30-Kaliber-Patronen und acht D. H.-4 Flugzeuge verkauft worden seien, und zwar ist die Hälfte des Ankaufspreises sofort, die andere nach 30 Tagen zu entrichten. Dies schließt freilich nicht alle Requisiten ein, die die mexikanische Regierung zu erwerben wünschte, sie glaubt aber, mit den eben angeführten Artikeln auskommen zu können.

Im Weißen Hause wird darauf hingewiesen, daß die Transaktion nur als eine Gefälligkeit gegen eine Nachbarnation, die für Ruhe und Ordnung im Innern zu sorgen habe, aufzufassen sei.

Die Vereinigte Staaten Regierung sei bereit, irgend einem Nachbarstaate für polizeiliche Zwecke Waffen und militärische Ausrüstung zu liefern, sie sei jedoch entschieden dagegen, daß irgend einer Nation zum Angriffskrieg gegen eine andere Macht Waffen verkauft werden.